

Amtliches Kreis-Blatt für den Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes u. des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Piezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen: Die einsp. Zeile oder deren Raum 15 Pfg., Werbungszeile 50 Pfg.	Ausgabenstellen: In Diez: Poststraße 55. In Ems: Admerstraße 95.	Druck und Verlag von O. Chr. Sommer, Ems und Diez.
Nr. 36	Diez, Montag den 12 Februar 1917	57 Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung

Nr. 973. 1. 17. R. II. 2e. (A. M. B.)

betreffend Bestandserhebung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten.

Vom 1. Februar 1917.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit auf Ersuchen des Königlich Kriegsministeriums mit dem Bemerkung zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen auf Grund der Bekanntmachung über Vorratserhebung vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 3. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 549) und vom 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 634) bestraft werden, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind.*) Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung über Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. Sept. 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) unterjagt werden.

*) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt od. wesentlich unrichtige od. unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft. Auch können Vorräte, die beschlagnahmt sind, im Urteil für dem Staat verfallen erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

§ 1.

Meldepflicht.

Die von dieser Bekanntmachung betroffenen Personen (meldepflichtigen Personen) unterliegen bezüglich der von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (meldepflichtigen Gegenstände) einer Meldepflicht.

§ 2.

Meldepflichtige Gegenstände.

Von dieser Bekanntmachung werden alle nachstehend aufgeführten landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte betroffen, die sich in Fabriken, Werkstätten, Handelslagern und bei gewerbsmäßigen Vermietern zum Zwecke des Verkaufs und der Verleihung befinden, und zwar:

- Klasse a: Zur Bodenbearbeitung.
- " b: Zur Düngung.
- " c: Zum Säen und Pflanzen.
- " d: Zur Ernte.
- " e: Dreschmaschinen und zugehörige Geräte.
- " f: Zur Bearbeitung von Samen, Körnern, Hülsen, Knollenfrüchten und Gespinnstpflanzen.
- " g: Zur Futterbereitung.
- " h: Zur Obstverwertung.
- " i: Zur Milchgewinnung und Verarbeitung.
- " k: Zur Schädlingsbekämpfung.
- " l: Zum Antrieb landwirtschaftlicher Maschinen.

§ 3.

Meldepflichtige Personen.

Zur Meldung verpflichtet sind alle natürlichen und juristischen Personen, Gesellschaften, Firmen, sowie öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die Eigentum oder Gewahrsam an meldepflichtigen Gegenständen für den Zweck des Verkaufs oder der Verleihung haben, oder bei denen sich solche unter Aufsicht befinden.

§ 4.

Stichtag.

Für die Meldepflicht ist der am Beginn des 1. Februar vorhandene Bestand an meldepflichtigen Gegenständen maßgebend.

Art der Meldung.

Für die Meldung sind nur die amtlichen Meldelisten und Klassenarten zu benutzen, welche von der Landwirtschaftlichen Maschinen-Versorgungsstelle des Waffen- und Munitions-Beschaffungsamtes, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 193-194, kostenlos abgegeben werden. Sie sind auf einer Postkarte anzufordern, welche keine andere Mitteilungen enthalten darf, als die Anforderung einer Sammelliste und eines Kartenblocks und deutliche Unterschrift mit genauer Adresse und Firmenstempel.

Die Kartenblocks enthalten für jede in § 2 angegebene Maschinengattung eine besondere Karte, welche nur mit den verlangten Stückzahlen und Angaben auszufüllen ist.

In der Sammelliste sind die Gesamtzahlen, der in den einzelnen Karten gemeldeten Maschinen und Geräte zusammenzutragen und die entsprechenden Fragen zu beantworten.

§ 6.

Meldefrist und Meldestelle.

Sammelliste und Klassenkarte sind vom Anmelder ordnungsgemäß postfrei zu machen und bis zum 15. Februar 1917 an die Landwirtschaftliche Maschinen-Versorgungsstelle beim Waffen- und Munitions-Beschaffungsamt, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 193-194, einzusenden.

§ 7.

Anfragen und Anträge.

Alle auf die vorstehenden Anordnungen bezüglichen Anfragen und Anträge sind an die Landwirtschaftliche Maschinen-Versorgungsstelle beim Waffen- und Munitions-Beschaffungsamt, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 193-194, zu richten und am Kopf des Schreibens mit der Bezeichnung „Bestandsaufnahme von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten“ zu versehen.

§ 8.

Zukrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Februar 1917 in Kraft.

Frankfurt (Main), 1. Februar 1917.

Stellv. Generalkommando 18. Armee-Korps.

Verordnung

über Beschränkung des Kohlenverbrauchs.

Auf Grund der §§ 12 und 15 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 — 4. Nov. 1915 (R.G.B. S. 607 und 729) wird für den Umfang des Regierungsbezirks — mit Ausnahme des Kreises Biedenkopf — bestimmt:

§ 1.

Theater, Konzertsäle, Versammlungsräume, Museen und alle Vergnügungsorte, einschließlich der Wirtschaften mit Varietékonzession, Lichtspielhäuser, sowie die höheren und niederen Schulen aller Art, dürfen von Montag, den 12., bis Donnerstag, den 22. d. Mts., einschließlich nicht geheizt werden.

§ 2.

In ganz besonderen Einzelfällen kann der Landrat, in den Städten Frankfurt und Wiesbaden der Magistrat, auf eingehend zu begründenden schriftlichen Antrag Ausnahmen von den Bestimmungen des § 1 gewähren.

§ 3.

Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften werden, soweit nicht nach anderen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark bestraft.

Die Verordnung tritt mit dem 12. d. Mts. in Kraft.

Wiesbaden, den 9. Februar 1917.

Der Regierungspräsident.
von Reister.

§. R. I. 4 A 552.

Diez, den 10. Februar 1917.

Wird veröffentlicht.

Der Königl. Landrat.
Duderkadt.

G.-Nr. M. 6473.

Springe, den 5. Januar 1917.

Bekanntmachung.

Der am 8. September 1885 zu Schompetern geborene un- auszubildete Landsturmpflichtige Misialis Weizies hat sich in Hülse, hiesigen Kreises, zur Stammmrolle angemeldet, ist aber vor der Musterung am 3. Oktober 1915 unbekannt verzogen.

Sein Aufenthaltsort hat trotz fortgesetzter Nachforschungen nicht ermittelt werden können.

Ich bitte, weitere Ermittlungen nach Weizies anstellen lassen zu wollen und sofern sie von Erfolg sein sollten, mich davon in Kenntnis zu setzen.

Der Zivil-Vorsitzende der Ersatz-Kommission
gez. v. Laer.

I. 959.

Diez, den 6. Februar 1917.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Abchrift zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Gegebenenfalls ist dem Königl. Landrat in Springe unmittelbar Mitteilung zu machen.

Der Königl. Landrat.
J. B.
Brunnermann.

G.-Nr. M. 6746.

Springe, den 6. Januar 1917.

Bekanntmachung.

Der am 7. Januar 1880 zu Besslingen geborene un- ausgebildete Landsturmpflichtige, Knecht Andreas Makres, hat sich in Derie, hiesigen Kreises, zur Stammmrolle angemeldet, ist aber vor der Musterung Anfang Oktober 1915 unbekannt verzogen.

Sein Aufenthaltsort hat trotz fortgesetzter Nachforschungen nicht ermittelt werden können.

Ich bitte, weitere Ermittlungen nach Makres anstellen lassen zu wollen und sofern sie von Erfolg sein sollten, mich davon in Kenntnis zu setzen.

Der Zivil-Vorsitzende der Ersatz-Kommission
gez. v. Laer.

I. 960.

Diez, den 6. Februar 1917.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Abchrift teile ich zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung mit. Gegebenenfalls ist dem Königl. Landrat in Springe unmittelbar Mitteilung zu machen.

Der Königl. Landrat:
J. B.
Brunnermann.

Der hinter den Gefangenen Carle und Schuch am 15. Dezember 1916 erlassene Steckbrief ist durch Ergreifung des v. Carle und Schuch erledigt.

Diez, den 31. Januar 1917.

Königliche Strafanstalt.

Der Vorsteher.
Körner.

J.-Nr. II. 1269.

Diez, den 6. Februar 1917.

Bekanntmachung.

Die Landwirtschaft befindet sich zweifellos in einer mißlichen Lage und die Befürchtung, daß die Volksernährung durch die lange Dauer des Krieges, durch die Einziehung der Landwirte und landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zum Heeresdienste, durch den Mangel an Gespannen, an Kraftfuttermitteln, an Saatgut und Düngemitteln, ernstlich gefährdet werden könnte, ist sicher nicht unbegründet. Diesen Gefahren rechtzeitig zu begegnen und Abhilfe zu schaffen, dienen die in allen Gemeinden des Kreises kürzlich gebildeten Wirtschaftsausschüsse. Die Mitglieder der Ausschüsse sind Vertrauensleute der Gemeinde. Ihnen liegen alle Arbeiten ob, die geeignet sind, die Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebs und der Produktion von Nahrungsmitteln zu gewährleisten. Der Ausschuss soll überall da eingreifen, wo durch Einberufung des Betriebsleiters und der sonstigen Arbeitskräfte die ordnungsmäßige Bewirtschaftung und Aufrechterhaltung des Betriebes gefährdet ist. Für Erfüllung dieser Aufgaben sollen dem Ausschuss die nötigen Hilfsmittel an Hand gegeben werden durch die Bestellung von Arbeitskräften, Gespannen, Düngemitteln, Saatgut, landwirtschaftlichen Maschinen usw. Dem Ausschuss wird auch die Begutachtung der Urlaubsgesuche und die zweckmäßige Verwendung der Schülerhilfskolonnen übertragen werden. Die Aufgaben des Ausschusses lassen sich also zusammenfassen 1. in der Aufrechterhaltung der Produktion und der Sicherstellung derselben, der Durchführung der Frühjahrabbestellung, insbesondere auch dem ausgleichenden Anbau von Kartoffeln, Pflanzung der Kulturpflanzen, Unkrautbekämpfung und Einbringung der Ernte, 2. in einer Summe von Arbeiten, die wir als soziale Aufgaben umschreiben, wie die Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit der behördlichen Maßnahmen für die Sicherstellung der Volksernährung und die unbedingte Notwendigkeit der Ablieferung aller entbehrlichen Nahrungsmittel wie Milch, Butter, Eier, Gemüse, Obst, Getreide und Kartoffeln. Den Mitgliedern der Ausschüsse dürfte die geleistete Arbeit, wenn sie ihrer Bedeutung entsprechend mit Widmung und Umsicht verständnisvoll durchgeführt wird, noch im späteren Leben als eine segensreiche in Erinnerung bleiben! In der höchst wichtigen Kartoffelversorgung muß der Ausschuss dafür sorgen, daß mit den Kartoffeln so sparsam wie möglich umgegangen wird, daß das erforderliche Saatgut unter allen Umständen sichergestellt und bis zur Verwendung zweckmäßig gelagert wird und daß alle irgendwie entbehrlichen Kartoffelvorräte an den Kommunalverband abgeliefert werden.

Die Herren Bürgermeister des Kreises wollen für möglichste Verbreitung dieser Ausführungen Sorge tragen.

Der Landrat.
Duderstadt.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Bruteiern
vom 15. Januar 1917.

Auf Grund des § 15 der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 927) wird folgendes bestimmt:

I. Der Verkehr mit Bruteiern wird für Gänseier vom 20. Januar, für andere Eier vom 10. Februar an bis 30. Juni unter folgenden Bedingungen gestattet:

1. Die Befruchtung darf nur von Schlüpfhühnern hergeleitet werden, die an Geflügelhalter erfolgen. Es dürfen nur die Eier des dem Versender gehörigen Geflügels versendet werden.
2. Wer Hühnereier zu Brutzwecken verkauft, hat hierüber Aufzeichnungen zu führen, aus denen hervorgeht: Name und Wohnort des Käufers, Stückzahl und Art der Bruteier, Tag des Versandes.
Die Aufzeichnungen sind dem Kommunalverband auf Erfordern vorzulegen.
3. Eier, die als Bruteier gekauft sind, dürfen nur zur Brut verwendet werden.
4. Die Bruteierbefruchtungen müssen die deutliche Kennzeichnung als Bruteier erhalten.

II. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Ziffer I fallen unter die Strafbestimmungen der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 927).

Berlin, den 15. Februar 1917.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
Sindow.

Der Minister für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten.
Freiherr von Schorlemer.

Der Minister des Innern.
Im Auftrage:
Freund.

Nichtamtlicher Teil.

!: Warnung vor der Verwendung von chlorsauren Salzen bei der Zubereitung (Pökeln) von Fleisch und Fleischwaren. Nach einer dem Kaiserlichen Gesundheitsamt zugegangenen Mitteilung ist vor kurzem in einem Verkaufsgeschäft chlorsaures Kalium in loser Verpackung anstelle von Salpeter zum Zwecke des Einpökeln von Fleisch abgegeben worden. Da es sich hierbei vermutlich nicht um einen Einzelfall handelt, sondern versucht werden wird, das bezeichnete Salz an größerem Umfange als Salpetersalz zur Fleischpökeln einzuführen, so sei darauf hingewiesen, daß durch eine Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 18. Februar 1902 (Reichs-Gesetzbl. S. 48) es aus gesundheitlichen Rücksichten verboten worden ist, chlorsaure Salze bei der gewerbsmäßigen Zubereitung von Fleisch zu verwenden oder Fleisch, dem solches Salz zugesetzt worden ist, feilzuhalten, zu verkaufen oder sonst in den Verkehr zu bringen. Zuwiderhandlungen gegen die genannte Bestimmung werden nach dem Fleischbeschau-Gesetz mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu eintausendhundert Mark oder mit einer dieser Strafen geahndet. Da chlorsaure Salze in den bei der Pökeln in Betracht kommenden Mengen Giftwirkungen hervorrufen können, so sei vor ihrer Anwendung beim Pökeln von Fleisch oder vor der Benutzung von Pökelsalzmitteln, die solche Salze enthalten, auch im privaten Haushalt, wie z. B. bei Hausfleischungen, dringend gewarnt.

Die Verdaulichkeit der Speisen abhängig von der Zubereitung.

Von einem Arzte wird dem Kriegsernährungsamt geschrieben:

Die Bemühungen der Behörden in Bezug auf kräftige Ernährung schwer arbeitender Leute, in Bezug auf entsprechende Verwendung der Steckrüben und meine diesbezüglichen Erfahrungen als Arzt, speziell in der Ernährungsfrage dieser Gegend, lassen es mir als Pflicht erscheinen, diese Zeilen zu schreiben, um unter Umständen damit zu einer rationelleren Ausnützung der Nahrungsmittel beizutragen.

Die folgende kurze Erzählung wird zeigen, daß der Sau-
wir brauchen zur Ernährung Eiweiß, Rohleibzelle und
Zelle, mindestens in dieser Fassung nicht zureichend ist.

Im Sommer 1902 (ich war damals leitender Arzt des
dem Regierungsbezirk Lothringen gehörigen „Lothringischen
Sanatoriums“ in Alberschweiler in Lothringen) verlangten
die Kranken der Anstalt Alberschweiler, daß man sie mit
nach elsfässischer Art hergestellten Speisen versorge, nicht,
wie sie sagten, nach norddeutscher Art. Eine Schwester
wurde deshalb in Straßburg i. E. eigens ausgebildet, und
im Herbst begann man mit der Einführung der elsfässischen
Küche. Von dem betreffenden Tage ab nahmen die Kranken
der Anstalt (es handelt sich um Tuberkulose) an Körperge-
wicht ab, während wir vorher bei den wöchentlichen Wägun-
gen meist sehr erfreuliche Gewichtszunahmen festgestellt hat-
ten. Die Sache schien umso merkwürdiger, da genau die
gleichen Mengen und Sorten an Rohmaterial verwendet
wurden. Da die Abnahmen des Gewichts höchst bedenklich
waren, boten wir alles auf, den Grund festzustellen. End-
lich fanden wir ihn in der Zubereitungsart, die in ganz
Westdeutschland, nicht nur im Süden, sondern auch im
Rheinland und zum Teil in Westfalen, üblich ist. Man kocht
alles Gemüse in Salzwasser ab, schüttet dann das Wasser
weg, und bringt dann das Gemüse auf den Tisch, nachdem
man es durch Fettsatz „geschmälzt“ hat. Um die Sache
in bezeichnender Form, in einer Art Versuch mit einer großen
Anzahl Menschen, festzustellen, ließ ich eine große Menge
des sogenannten Lahmann'schen Pflanzennährsalz-Extraktes
kommen. Jeder Schüssel Gemüse, Suppe und ähnlichem
wurde eine entsprechende verhältnismäßig kleine Menge
dieser Nährsalze zugesetzt, und von diesem Augenblick an
trat die früher beobachtete Gewichtszunahme wieder ein.

Eine Bearbeitung der Angelegenheit, zum Teil in kurzen-
mäßiger Darstellung, habe ich dann dem kaiserlichen Bezirks-
präsidium in Metz zugestellt. Veröffentlicht ist sie meines
Wissens nicht.

Aus dem Angeführten ergibt sich, daß bei gleicher Ver-
arbeitung von Nahrungsmitteln die Zubereitung ausschlag-
gebend ist für die Ausnützung durch den Körper. Die un-
richtige Form dieser Zubereitung aber durch Auslaugen der
Nährsalze ist gerade in den Gebieten, die kürzlich in der
Nahrungsfrage Abgeordnete zu Ew. Excellenz schickten, sehr
gebräuchlich. Verbreiteter aber ist noch die Gewohnheit,
pflanzliche Nahrungsmittel, besonders Kohlrarten, Rüben-
arten u. a. nur 1 bis höchstens 2 Stunden zu kochen. Die
Speisen sind dann schwer verdaulich, werden nur in geringen
Mengen ausgenützt und damit eigentlich verschwendet. Daß
Sauerkraut, um leicht verdaulich zu sein, wenigstens 5
Stunden, Steckrüben wenigstens 3 Stunden kochen müssen,
wollen die Arbeiterfrauen nicht einsehen. Der Wohlge-
schmack, der damit erhöht wird, spielt keine Rolle. Wohl aber
klagen manche, daß Steckrüben schlecht bekömmlich seien,
nicht gut schmecken u. a. m. Es ist das natürlich, wenn man
die Rüben nur 1 bis 1½ Stunden kochen läßt. Die Steck-
rüben werden, nach Angabe gut kochender Frauen, im Kocher
zuerst rasch etwas weich, dann aber (wie Fleisch) bald härter
und erreichen erst nach etwa 3 Stunden den richtigen
Wohlgeschmack und entsprechende Verdaulichkeit.

Als Ergebnis meiner Darstellung ist daher zu folgern:
Gerade für Schwerarbeiter ist neben einer gewissen Menge
an Nahrungsmitteln die Zubereitung von höchster Wichtig-
keit. Ohne entsprechende Zubereitung leisten selbst große
Mengen von Nahrungsmitteln nichts.

Es ist mir bekannt, daß Veröffentlichungen ähnlichen
Inhalts besonders im Jahre 1916 erschienen. Besonders
Prof. Vorulak kam dem am nächsten. Eine experimentelle
Begründung in so großem Maße, wie die meinige von 1902,
ist mir nicht bekannt geworden. Gerade der Umstand aber,
daß ich hier etwas praktisch Verwertbares liefern könne,
bestimmte mich, durch diesen Brief die Zeit des Kriegsernäh-
rungsamtes, die gewiß stark in Anspruch genommen ist, auch

weiterhin in Anspruch zu nehmen. Es befreit sich von
selbst, daß ich zu weiteren Ausführungen gern bereit bin.
Ich zeichne mit vorzüglicher Hochachtung Ew. Excellenz
ergebenster

Dr. Stöckner, Arzt.

Das Reichs- und das Staatsschuldbuch.

Die Einrichtungen des Reichs- und des Staatsschuldbuches sind
in weiten Kreisen des Publikums noch immer zu wenig bekannt,
obwohl sie den Besitzern großer und kleiner Kapitalien mannig-
fache Vorteile bieten; nämlich unbedingte Sicherheit gegen
Verluste durch Diebstahl, Unterschlagungen, Verbrennen, Ab-
handenkommen, wie sie bei Wertpapieren vorkommen können,
ferner kostenlose laufende Verwaltung und portofreie Zusendung
der Zinsen. Die Begründung von Schuldbuchforderungen ist
denkbar einfach: man zahlt den Betrag durch einen Bankier
oder bei einer Regierungshauptkasse oder einer Kreisbank oder
auch bei einem Postamt auf das Postcheckkonto der Reichs-
bank — für das Reichschuldbuch — oder der Seehandlung
(Preuß. Staatsbank) — für das Staatsschuldbuch — ein und
gibt dabei an, für wen die Buchschuld eingetragen und an wen
und wie die Zinsen gezahlt werden sollen. Näheres ist an den
genannten Stellen zu erfahren. Die Zinsen werden dann
je nach Wunsch portofrei durch die Post zugesandt oder auf ein
Bankkonto überwiesen; sie können auch bei den Staatskassen
oder Reichsbankanstalten abgehoben werden. Wer bereits Schuld-
verschreibungen des Reiches oder Preußens besitzt, kann diese
mit dem Antrage auf Umwandlung in eine Buchschuld an
die Verwaltung der Schuldbücher (Berlin SW. 68, Oranienstraße
92-94) einreichen und ist dann aller Sorge und Kosten wegen
der Verwahrung der Wertpapiere überhoben. Auf diese Weise
können Staatsrenten von 3 Mark jährlich an — entsprechend
einem Kapital von 100 M. Nominalwert — erworben werden.
Für die laufende Verwaltung werden keine Gebühren erhoben.
Um Sicherheit zu haben, daß nicht ein Unbefugter über die
Forderung verfügt, ist für Anträge auf Änderungen der Ein-
tragung öffentliche Beglaubigung vorgeschrieben, die bei den
öffentlichen Kassen kostenfrei erfolgt. Wer die Buchschuld wieder
veräußern muß und nicht sofort jemanden findet, der sich
an seine Stelle eintragen lassen will, kann jederzeit die Aus-
handlung von Schuldverschreibungen gegen eine geringe Ge-
bühr verlangen und die Papiere dann durch einen Bankier
verkaufen. Besonders Anhang bei dem Publikum hat es ge-
funden, daß zugleich eine zweite Person — z. B. die Ehefrau —
eingetragen werden kann, die nach dem Tode des Rentenbesizers
allein gegen Vorlegung der Sterbekunde ohne sonstige Förm-
lichkeiten der Erbschaftslegitimation über die Rente verfügen und be-
stimmen kann, auf wen sie umgeschrieben werden soll.

Welche Beliebtheit die Schuldbücher jetzt schon haben, ob-
wohl sie noch lange nicht genug bekannt sind, beweisen folgende
Zahlen: am 31. März 1911 waren im Reichschuldbuch Kapita-
lien von 1037 Millionen Mark und im Preuß. Staatsschuldbuch
von 2744 Mill. M. zu 4, 3½ und 3 Prozent eingetragen.
Von den rund 55 000 Konten des Staatsschuldbuches lauten rund
22 000 über Kapitalbeträge bis 4000 M., 12 000 über solche
zwischen 4000 u. 10 000 M. u. mehr als 17 000 über solche zwischen
10 000 und 100 000 M., was gewiß zeigt, daß gerade die Besitzer
kleiner und mittlerer Kapitalien die Vorteile dieser Anlage
zu schätzen wissen.

Anzeigen.

Holzversteigerung. Oberförsterei Diez.

Mittwoch, den 14. Februar, vorm. 11 Uhr
in der Wirtschaft von Wilhelm Schönl zu Gückingen.
Dist. 33a Heimes (an der Straße Moll-Hambach). Liche:
10 Rm. Nuthscheit, 2,4 Mtr. lang, 9 Rm. Scht. Buche: 186
Rm. Scht. u. Rn., 430 Rm. Reijig 2. u. 3. Kl., 20 Rm. un-
aufgearbeitet. Nadelholz: 150 Stangen 4.-6. Kl.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Richard Hein, Bad Gms.